

Integration junger geflüchteter Menschen in Ausbildung und Arbeitsmarkt

Adressat_innen:

- Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
- Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen
- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung
- Ministerium für Bildung

Ausbildung und Arbeit sind ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe in unserem Land. Dies gilt auch und insbesondere für die zu uns geflüchteten jungen Menschen. Um die Integration und Teilhabe junger geflüchteter Menschen zu verbessern, sind barrierefreie und faire Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt unerlässlich. Bis junge geflüchtete Menschen - und besonders diejenigen, die noch nicht lange in diesem Land leben - erfolgreich in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden können, sind jedoch häufig einige Hürden zu überwinden.

Deshalb fordern wir die Landesregierung in Rheinland-Pfalz auf:

- sicher zu stellen, dass alle jungen geflüchteten Menschen die Möglichkeit und Unterstützung erhalten, einen Schulabschluss zu erwerben. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist durchgängig die Verbindung von Deutsch-Lernen, sozialpädagogischer Begleitung und psychologischer Unterstützung, aber auch von praktischem Arbeiten und Lernen erforderlich. Die berufsbildenden Schulen können hier kulturelle, sprachliche und berufliche Bildung so verbinden, dass eine fundierte Ausbildungs- und Berufsvorbereitung realisiert wird. **Rheinland-Pfalz braucht ein Berufsschulprogramm, das ein entsprechendes Angebot an ältere geflüchtete Jugendliche bzw. junge geflüchtete Erwachsene finanziert. Insbesondere für junge geflüchtete Menschen bis 25 Jahre mit Interesse an einer Berufsausbildung sollten dafür Plätze an Berufsbildenden Schulen geschaffen werden.** Dazu müssen Lehrkräfte entsprechend aus- und weitergebildet werden. Um diese Aufgaben qualitativ hochwertig zu erfüllen, muss Personal aufgestockt werden. Spracherwerb und Schulabschlüsse schaffen Zukunftsperspektiven für junge geflüchtete Menschen und auch für Rheinland-Pfalz.
- Seit Jahrzehnten gibt es mehr Bewerber_innen um Ausbildungsplätze als gemeldete Ausbildungsstellen. Auf diese Situation haben Betriebe ihr Einstellungsverhalten ausgerichtet und bilden vor allem gut qualifizierte junge Menschen aus. Diejenigen mit schlechten Noten, ausländisch klingenden Nachnamen, sozial Benachteiligte oder junge Menschen mit Behinderung erhalten häufig keine Ausbildungsstelle. Vielfach spielen unhinterfragte Rassismen und/oder andere Vorurteile eine Rolle, ohne dass sich die Entscheider_innen über diese Mechanismen bewusst sind. Hier ist es notwendig, dass interkulturelle und soziale Kompetenzen von Ausbilder_innen und Personalentscheider_innen geschult werden. **Der Landesjugendring fordert die**

Landesregierung auf, ein kohärentes, langfristig angelegtes Gesamtkonzept zu entwickeln und zu unterstützen, das eine Integration aller jungen Menschen in den Ausbildungsmarkt ermöglicht.

Zu einem solchen Gesamtkonzept gehört neben einer wirksamen Ausbildungsgarantie ebenso die Einbeziehung der Assistierten Ausbildung. Die Assistierte Ausbildung überwindet die Kluft zwischen den Anforderungen der Betriebe und den Voraussetzungen der Jugendlichen, indem sie eine reguläre betriebliche Berufsausbildung durch umfassende Vorbereitungs- und Unterstützungsangebote flankiert. Die Assistierte Ausbildung schafft Zugänge zur regulären Ausbildung für junge Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und unterstützt den erfolgreichen Ausbildungsabschluss. Ein Bildungsträger bietet hier als dritter Partner in der Ausbildung allen Seiten passende Dienstleistungen. Berufsvorbereitung und Ausbildung werden verknüpft, die Ausbildung wird flexibilisiert und individualisiert. So wird an den individuellen Stärken der jungen Menschen angesetzt und Betrieb und Auszubildende werden kontinuierlich während der dreijährigen dualen Ausbildung begleitet. Die individuelle Unterstützung und Förderung ermöglicht so die Integration bzw. Inklusion Aller in den Ausbildungsmarkt und bildet so die Grundlage für eine gesellschaftliche Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Bei zwei Enthaltungen beschlossen durch die 109. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 16.04.2016 in Bad Dürkheim.